



Presseinformation

14.11.2007
Seite 1 von 22

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

**Unser Nordrhein-Westfalen –
Das Bundesland der Zukunft**

Regierungserklärung
von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers
zur Arbeit der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen in der 14. Legislaturperiode
am 14. November 2007
im Landtag Nordrhein-Westfalen

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Die Landtagswahlen vom 22. Mai 2005 waren in der Geschichte unseres Landes ein historischer Einschnitt. Nach 39 Jahren haben die Menschen CDU und FDP den Auftrag gegeben, das Land in eine gute Zukunft zu führen. Sie wollten einen Neuanfang. Die Landesregierung hat diesen Neuanfang eingeleitet. Sie ist jetzt zweieinhalb Jahre im Amt. Ich will heute eine Zwischenbilanz ziehen und einen Ausblick darauf geben, was noch zu tun ist. Natürlich ist noch nicht alles erreicht und manches Projekt noch nicht fertig. Aber der Stillstand ist überwunden. Es tut sich wieder etwas in Nordrhein-Westfalen. Und mehr als zwei Drittel der Bürger sagen rückblickend: Der Regierungswechsel war richtig. Die Reformen gehen weiter. Aber niemand bleibt zurück.

In meiner ersten Regierungserklärung habe ich versprochen: Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Mit mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Wohlstand, weniger Bürokratie und weniger Schulden. Wir haben Wort gehalten. Den Menschen in Nordrhein-Westfalen geht es heute besser. Unser Land steht besser da als im Mai 2005. Nordrhein-Westfalen hat aufgeholt, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Nordrhein-Westfalen ist wieder da!

Wir haben mehr Arbeit: Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit Juni 2002 gesunken. Mehr als 200.000 Menschen, die im Mai 2005 noch arbeitslos waren, haben heute wieder einen vollwertigen Job.

Wir haben mehr Bildung: Der Unterrichtsausfall ist fast halbiert, mehr als 4500 Lehrerstellen sind zusätzlich geschaffen worden. Die große Schulreform ist auf den Weg gebracht mit mehr Allgemeinbildung und mehr individueller Förderung. Unsere Botschaft an jede Schülerin und jeden Schüler ist: Wenn Du Dich anstrengst, dann helfen wir Dir, das Beste aus Deinen Fähigkeiten zu machen. Unser Ziel ist: Kein Kind soll zurückbleiben.

Wir haben heute mehr Wohlstand: Die Wirtschaft boomt. Im ersten Halbjahr 2007 lag das Wirtschaftswachstum bei drei Prozent – mehr als der Bundesdurchschnitt. Der Geschäftsklimaindex ist auf einem konstant hohen Niveau, der des Handwerks an Rhein und Ruhr sogar auf dem höchsten Stand seit 1994. Kein Wunder, dass Nordrhein-Westfalen 2006 zum Aufsteigerland Nr. 1 und 2007 zum Mittelstandsland Nr. 1 gewählt worden ist. Dass die Trendwende so schnell geschafft wurde, darauf bin ich stolz.

Wir haben weniger Bürokratie: Bis zum Ende des Jahres werden wir insgesamt 124 Behörden zusammengelegt, kommunalisiert oder ganz aufgelöst haben. Wir haben überflüssige Gesetze abgeschafft und eine Prüfungsstelle für überflüssige und unverständliche Vorschriften eingerichtet. Und wir haben nach dem Vorbild des Bundes das Landespersonalvertretungsgesetz novelliert, um flexibler zu werden und Personalkosten einzusparen. Was im Bund gilt, kann bei uns in Nordrhein-Westfalen nicht falsch sein. Die Landesregierung wird die Koalitionsvereinbarung wie beschlossen weiter Schritt für Schritt umsetzen. Diese

Umstellungen waren nicht immer einfach. Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung für ihre Loyalität und ihre Bereitschaft, die nötigen Veränderungen mitzutragen, herzlich danken.

Wir haben weniger Schulden: Die Neuverschuldung ist um 70 Prozent reduziert. Sie liegt 2008 mit 1,99 Milliarden Euro auf dem niedrigsten Stand seit dreißig Jahren. Wir halten die Kreditverfassungsgrenze wieder ein. Und wir werden die Nettoneuverschuldung in absehbarer Zeit auf Null reduzieren.

All das sind gute Nachrichten. Aber sie sind nicht allein der Politik zu verdanken. Sie sind den Menschen zu verdanken, die hart arbeiten, Steuern zahlen, ihre Kinder erziehen und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Sie haben seit zwölf Jahren auf reale Lohnsteigerungen verzichtet. Sie haben die notwendigen Sparmaßnahmen mitgetragen. Sie haben die Arbeitsproduktivität gesteigert. Sie haben unsere Unternehmen wieder international wettbewerbsfähig gemacht. Es ist ihr Aufschwung!

Die Landesregierung arbeitet dafür, dass der Aufschwung weitergeht. Und dafür, dass er bei allen ankommt: „Wohlstand für alle“, das war immer das Ziel von Ludwig Erhard. Es ist auch das Ziel der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Die Soziale Marktwirtschaft war das Erfolgsmodell der Nachkriegszeit. Sie wird auch das Erfolgsmodell des 21. Jahrhunderts sein. Es gibt kein besseres.

Um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken, müssen wir ihre Grundsätze beherzigen. Sie sind einfach. Sie lauten:
Erarbeiten kommt vor Verteilen.
Leistung muss sich lohnen.
Jeder muss seine Chance bekommen.
Staatliche Hilfe muss immer Hilfe zur Selbsthilfe sein.
Und: Wer sich nicht selbst helfen kann, muss sich auf die Solidargemeinschaft verlassen können.

Es geht darum, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind. In diesem Geist hat die Landesregierung in den vergangenen zweieinhalb Jahren gearbeitet. Entscheidend ist, dass wir den Menschen vertrauen. Deshalb haben wir Schluss gemacht mit der Politik des Misstrauens. Der Staat darf nicht alles vorschreiben. In diesem Geist wird die Landesregierung auch die Politik der Zukunft gestalten. Wenn wir Selbstbestimmung und Selbstverantwortung stärken, wenn wir den Menschen wieder die Chance geben, ihre eigenen Stärken zur Geltung zu bringen, dann wird jeder einzelne stärker. Und dann wird unsere ganze Gesellschaft stärker.

In diesen Tagen ist viel von einem Weltkrieg um Wohlstand die Rede. Viele schauen nur auf die schnell wachsenden Volkswirtschaften Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas. Sie haben Angst vor einem massiven Wohlstandsverlust. Ich halte das für falsch. Ich bin sicher, dass wir zukunftsfähig sind. Wie stark wir sind, wurde mir bewusst, als Prof. Richard Florida neulich beim Initiativkreis Ruhrgebiet über die Entwicklung der Weltwirtschaft sprach. Er benutzte ein schönes Bild. Er sagte:

Schauen Sie sich Satellitenbilder der Erde bei Nacht an. Darauf kann man die wichtigsten Wirtschaftsregionen der Erde sehr gut erkennen, nämlich einfach anhand der Konzentration der Lichtpunkte. Und einer der hellsten Punkte liegt in Westeuropa, wo das Städteband von Rhein und Ruhr bis in die Niederlande und nach Belgien hell erstrahlt.

Floridas Prognose ist, dass die Weltwirtschaft in Zukunft von rund vierzig Großregionen dominiert werden wird. Sie werden gewissermaßen die Knoten im großen Netz der Globalisierung bilden. Deshalb haben wir die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit den Nachbarländern Niederlande, Belgien und Luxemburg intensiviert. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode eine vertiefte Partnerschaft mit den Benelux-Staaten eingehen.

Wir in Nordrhein-Westfalen stehen vor großen Aufgaben. Wir erleben den Beginn einer neuen Ära. Wir stehen vor der zweiten industriellen Revolution. Das Revolutionäre liegt in der neuen Bedeutung von Wissen, von Ideen und von Kreativität. Wir sind auf dem Weg in die Kreative Ökonomie. Die große politische Aufgabe ist es, alle bei dieser zweiten industriellen Revolution mitzunehmen. Nordrhein-Westfalen kann und wird eine der kreativsten Regionen Europas werden. Denn die Kreative Ökonomie bedeutet nicht das Ende industrieller Produktion, im Gegenteil. Nordrhein-Westfalen ist immer Industrieland gewesen. Das soll auch so bleiben. Aber es soll auch Innovationsland werden. Das erfordert Mut zur Zukunft. Der Weg ist nicht bequem, sondern bisweilen hart und steinig. Aber es gibt keine Alternative, wenn wir Wohlstand für alle im 21. Jahrhundert sichern wollen.

Bei allem Neuen darf die Sicherheit nicht verlorengehen. Die Menschen brauchen Sicherheit, um sich auf Veränderungen einzustellen. Wer mehr Freiheit und mehr Flexibilität fordert, muss den Menschen auch mehr Sicherheit geben. Eine Politik der neuen Sicherheit bedeutet nicht, den Menschen keine Veränderungen zuzumuten. Neue Sicherheit verlangt den Menschen Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung ab. Sie bietet dafür aber eine Lebensperspektive an, die frei von Willkür und Existenzangst ist. Am Ende der Reformen ist das Leben wieder sicherer, nicht unsicherer und schwieriger. Das ist das Leitbild der Landesregierung. Das ist ihr Markenkern. Das Ziel heißt nicht „weniger für alle“, sondern „Wohlstand für alle“.

II.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da, weil wir in neue Arbeit investieren. Wir investieren in Innovationen statt wie früher in alte Strukturen. Wir machen eine neue Wirtschaftspolitik. Sie steht für mehr Arbeitsplätze, für mehr Nachhaltigkeit, für einen starken Mittelstand, für Familienunternehmen.

Eine zentrale politische Entscheidung der ersten Hälfte der Wahlperiode war der sozialverträgliche Ausstieg aus der subventionierten Steinkohleförderung. Alle Beteiligten, also die Bundesregierung und Landesregierungen, die RAG und die IGBCE haben zugestimmt. Dieser Beschluss ist jetzt endgültig und durch den Bundestag bestätigt. Niemand sollte

noch die Illusion schüren, die Subventionen könnten weitergezahlt werden. Es ist heute eine gute Gelegenheit von dieser Lebenslüge Abschied zu nehmen: Im Interesse der Wahrheit und im Interesse der Bergleute! Ich fordere deshalb die Deutsche Steinkohle AG auf, spätestens Anfang des kommenden Jahres die neue Unternehmensplanung vorzulegen. Die Bergleute und die Bergbaustädte brauchen Klarheit.

Der Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau ist ein Signal und ein Symbol für ein neues Kapitel unserer Wirtschaftsgeschichte. Wir haben allen Grund zu Optimismus: Denn die Wirtschaft boomt, gerade auch im Revier: Der Zuwachs der Exportwirtschaft in der Metropole Ruhr war im letzten Jahr höher als im Landesdurchschnitt. Und es waren in diesem Frühjahr erstmals seit langem weniger als 300.000 Arbeitslose registriert.

Wir werden diese Erfolge mit der Initiative Zukunft Ruhr auf eine dauerhafte Grundlage stellen. Dazu gehört der Abschied von flächendeckenden Subventionen. Und dazu gehört die strategische Neuausrichtung auf unsere Stärken. Wir werden die Wirtschaftspolitik auf Leitmärkte und zentrale Technologiefelder konzentrieren. Wir setzen unsere Cluster-Schwerpunkte da, wo wir gut sind: in der Energiewirtschaft, der Logistik, bei den neuen Werkstoffen, in der Chemie, der Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik und bei der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Ich greife nur die Themen Energie, Logistik und Gesundheitswirtschaft heraus: Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1. Die geplanten Investitionen in neue, hochmoderne Kraftwerke sind von großer strategischer Bedeutung für unser Land. Mehr als 16 Millionen Tonnen Kohlendioxid werden eingespart, sobald der bis 2012 geplante Neubau der Kraftwerke umgesetzt sein wird. Und für 2020 ist sogar eine Größenordnung von insgesamt 30 Millionen Tonnen zu erwarten. Das ist praktizierter Klimaschutz.

Die regenerative Energiewirtschaft wird eine Schlüsselbranche in Nordrhein-Westfalen. Wir sind heute schon vielfach Weltmarktführer bei Technologien für erneuerbare Energien. Zum Beispiel baut das Zentrum für Brennstoffzellentechnik in Duisburg ein neues Montagezentrum, eine in Europa einzigartige Anlage. Und der Konzern Hitachi will zukünftig mit Investitionen von 30 Millionen Euro eng mit der Universität Bochum, der RWTH Aachen und der Technischen Hochschule Dortmund bei der Erforschung neuer Technologien für den Klimaschutz zusammenarbeiten.

Zur aktuellen Debatte um die Rolle der großen Energieversorger in der Energiewirtschaft möchte ich an dieser Stelle folgendes anmerken. Es muss einen funktionierenden und transparenten Wettbewerb geben. Deshalb ist es gut, dass sowohl die Monopolkommission als auch das Kartellamt ihre Aufgaben sehr ernst nehmen. Die Konfrontation zwischen der Energiewirtschaft, den Verbrauchern, der Industrie und auch der Politik muss ein Ende haben. Diese Konfrontation schadet unserem Land. Es ist höchste Zeit, dass sich alle Beteiligten zusammensetzen und einen Energiepakt verabreden.

Zum zweiten Feld, der Logistik: In einer großen Tageszeitung ist das Logistikzentrum Logport im Duisburger Hafen vor kurzem zu Recht das „Wunder von Duisburg“ genannt worden. Denn der Duisburger Hafen kann es inzwischen mit den großen Seehäfen Europas aufnehmen. 40 Unternehmen haben sich bereits in Logport I angesiedelt. 2.500 neue Arbeitsplätze konnten geschaffen werden, bis 2010 sollen es 4.000 sein. Und für den Ausbau von Logport II werden wir aus dem Ziel-2-Programm insgesamt 47 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Und auch die dritte Branche, die Gesundheitswirtschaft, ist mit über einer Million Beschäftigten eine der größten und wachstumsstärksten Branchen im Land. Bis 2015 rechnen Experten hier mit mehr als 50.000 neuen Arbeitsplätzen in der Metropole Ruhr und 200.000 im ganzen Land. Zusätzliche Zukunftsperspektiven eröffnen sich durch neuartige Telematikanwendungen, durch neue Konzepte für Prävention und Rehabilitation, durch Fortschritte in der klinischen Forschung und nicht zuletzt durch Neuerungen im Zukunftsfeld der Life Sciences. Bis zu 70 Millionen Euro werden dafür in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung stehen.

Wir planen außerdem eine Einrichtung, die die Kompetenzen der Gesundheitswirtschaft ähnlich wie die National Institutes of Health in den USA bündelt. Die Zusammenlegung des Landesinstituts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und der Landesanstalt für Arbeitsschutz ist dazu ein erster Schritt. Und auch das von der Bundesregierung angestrebte nationale Demenzzentrum wollen wir nach Nordrhein-Westfalen holen.

Eine neue Wirtschaftspolitik heißt für uns auch: Anstatt wie früher auf staatliche Programme und Staatswirtschaft zu setzen, fördern wir vor allem den Mittelstand und Familienunternehmen. Beispielhaft für diese Politik sind die Erhöhung der Mittel für die Meistergründungsprämie, die Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung mit der neu gegründeten Gesellschaft NRW.International GmbH und das neue Ladenöffnungszeitengesetz.

Ein starkes Land und insbesondere der Mittelstand brauchen eine starke Kreditwirtschaft. Deshalb werden wir mit dem neuen Sparkassengesetz und der Neuordnung der WestLB den öffentlichen Bankensektor zusammen mit den Sparkassen auf eine tragfähige Grundlage stellen. Ich habe in meiner Erklärung vor dem Landtag am 22. August 2007 die Haltung der Landesregierung dargestellt. Es muss einen Neuanfang mit einem tragfähigen Geschäftsmodell geben. Inzwischen haben sich auch andere Beteiligte für eine grundlegende Neupositionierung ausgesprochen. Auch die Behauptung, es gebe nur eine Option für die WestLB, hat sich als falsch herausgestellt. Wir haben dem öffentlichen Druck standgehalten, wissen aber auch um die Schwierigkeiten der Bank nach den Fehlspekulationen im Eigenhandel und den Bewertungsproblemen bei strukturierten Wertpapieren. Es ist noch zu früh, um Entwarnung zu geben. Die Gewinnwarnung vom Montag zeigt, wie wichtig es ist, zuerst ein neues Konzept für die WestLB zu erarbeiten. Ich gehe davon aus, dass jetzt alle Risiken aufgestellt sind. Es ist völlig klar, dass die Mitar-

beiter der WestLB, die Bürger des Landes und der Finanzplatz Nordrhein-Westfalen für die Landesregierung im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stehen.

III.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da, weil wir viel für unsere Kinder investieren. Ich will, dass jedes Kind eine Chance zu sozialem Aufstieg bekommt, ganz gleich, ob die Eltern arm oder reich sind. Kein Kind darf zurückbleiben. Wir haben deshalb allein 2006 rund eine Viertelmilliarde Euro mehr für den Bereich Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben als 2005. Und die Landesausgaben für die Kinderbetreuung werden von heute 875 Millionen Euro bis 2010 auf über eine Milliarde Euro steigen.

Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz fördern wir künftig unsere Kinder individueller und damit besser. Und die Eltern haben mehr Einfluss auf die Gestaltung der Betreuung. Die vorschulische Sprachförderung werden wir so ausbauen, dass jedes Kind bei der Einschulung ausreichend Deutsch spricht, um am Unterricht erfolgreich teilnehmen zu können. Das stärkt vor allem die Integration der Kinder mit einer Zuwanderungsgeschichte.

Wir bauen die Kindergärten zu Familienzentren aus. Heute haben wir schon 1000. Bis 2012 werden es 3000 sein. Und wir stellen mehr Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung. Rot-Grün hat uns eine Betreuungsquote von 2,8 Prozent hinterlassen. Bis 2010 werden wir 20 Prozent erreicht haben. Das bedeutet zusätzlich 70.000 Plätze, von denen im nächsten Jahr bereits 52.000 zur Verfügung stehen werden, mehr als doppelt so viele wie heute. Wenn wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden geeinigt haben, können wir schon im Kindergartenjahr 2010/2011 für die Zweijährigen einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einführen.

Es bedrückt mich, dass jedes vierte Kind in Nordrhein-Westfalen von Armut bedroht ist. 815.000 Jungen und Mädchen leben auf Sozialhilfeniveau. Viele Kinder bekommen nicht einmal ein Frühstück oder eine warme Mahlzeit. Das ist in einem reichen Land wie Deutschland ein Skandal. Es kommt auf jedes Kind an! Jedes Kind in Armut ist ein Kind zuviel! Es ist oberstes Ziel der Landesregierung, die Kinderarmut wirksam und nachhaltig zu bekämpfen.

Der neue Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist ein erster Schritt. Wir stellen den Kommunen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 13,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird das Mittagessen für 65.000 Kinder aus armen Familien in der Ganztagschule anteilig bezahlt werden. Wir werden außerdem dabei helfen, dass alle 398 Jugendämter bis Ende 2008 ein soziales Frühwarnsystem entwickeln. Als Anschubfinanzierung stellen wir dafür 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Wir führen aber auch eine Meldepflicht der Ärzte über Vorsorgeuntersuchungen ein und wir schreiben die Gesundheitsvorsorge in Kindertageseinrichtungen gesetzlich vor.

„Kinder erleben nichts so bitter und so scharf wie Ungerechtigkeit“, hat Charles Dickens einmal gesagt. Ich will, dass es gerecht in diesem Land zugeht, vor allem für die Kinder. Ich will, dass kein Kind ohne Hoffnung ist. Ich will, dass kein Kind ohne Schutz und ohne Heimat ist. Jedes Kind hat ein Recht auf Entfaltung, auf Bildung und auf Glück. Ich weiß nicht, ob man dieses Ziel erreichen kann. Aber ich will es nicht aufgeben und hart dafür arbeiten.

Darum investieren wir so viel in die Bildung. Die PISA-Studie hat drastisch vor Augen geführt, wie nötig eine Schulreform war. Nordrhein-Westfalen bekommt mit dem neuen Schulgesetz eines der modernsten Schulsysteme Europas. Und es wird sozial gerechter. Nordrhein-Westfalen hatte 2005 das ungerechteste Bildungssystem Deutschlands! Nirgendwo hing es so von der Herkunft und vom Geldbeutel ab, ob Kinder die Chance zu sozialem Aufstieg bekamen, wie in Nordrhein-Westfalen. Das ändern wir.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen stehen zum gegliederten Schulwesen, weil es individuelle und bedarfsgerechte Förderung besser möglich macht. SPD und Grüne fordern die Abschaffung der Hauptschule. Sie wollen die Einheitsschule. Die SPD will sie sogar nur als Durchgang zur flächendeckenden integrierten Gesamtschule. Deshalb redet sie systematisch die Hauptschule schlecht und schadet den Schülern, die eigentlich besonders auf unsere Hilfe angewiesen sind. Das ist eine Politik zu Lasten der Jugendlichen.

Wir glauben an die Hauptschule. Und die Erfolge geben uns recht. Die Anmeldezahlen sind da, wo wir Hauptschulen zu Ganztagschulen gemacht haben, um fast zehn Prozent gestiegen. Und seit Jahren ist zum ersten Mal die Übergangquote zur Hauptschule stabil geblieben. Wir freuen uns, dass alle Bewerber aus der Hauptschule, die können und wollen, in diesem Jahr auch eine Lehrstelle bekommen werden. Das haben Industrie, Handwerk und Handel im Ausbildungskonsens zugesagt. Die Hauptschule ist eben keine Restschule.

Die Landesregierung wird ihren Weg der pragmatischen Reformen weitergehen

- zusammen mit den Lehrern, die die große Anzahl von Veränderungen bravourös in die Praxis umgesetzt haben;
- zusammen mit den Eltern, die jetzt mehr mitbestimmen können und
- zusammen mit den Schülern, die von den Reformen profitieren.

Am Ende dieses Weges gibt es in unserem gegliederten Schulsystem genauso viel Durchlässigkeit, individuelle Förderung und genauso wenige Sitzenbleiber wie in den skandinavischen Ländern. Aber wir verschließen unsere Kräfte nicht in einem ideologischen Schulkampf, weil es keinen Beweis dafür gibt, dass ein integriertes Schulsystem besser ist als ein gegliedertes. Wie gut ein Schulsystem ist, hängt nicht von der Struktur ab, sondern von der Qualität des Unterrichts und der Förderung. Übrigens hat McKinsey gerade festgestellt, dass die Struktur des Schulsystems nicht der entscheidende Faktor ist, sondern die Qualität

der Lehrer: Die Schüler lernen eben dort am besten, wo die besten Lehrer sind.

Wir werden in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode folgende Schritte einleiten: Mit dem Haushalt 2008 werden wir die Zahl der zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen noch einmal erhöhen auf dann insgesamt 4880 Stellen.

Wir treiben die individuelle Förderung weiter voran: Bereits 91 Schulen haben das Gütesiegel „Individuelle Förderung“ erhalten. Und weitere werden folgen.

Wir bauen aber auch die Ganztagschulen weiter aus: Bei den Primarschulen haben wir jetzt 164.500 Ganztagsplätze, das sind fast 50.000 mehr als im letzten Schuljahr. Erstmals seit Jahren haben wir auch wieder insgesamt 25 Förderschulen den Ganztagsbetrieb ermöglicht. Und bei den Hauptschulen haben wir jetzt 134 Ganztagschulen, im nächsten Jahr werden es schon 250 Schulen mit dann 86.000 Ganztagsplätzen sein. Das sind sogar mehr als die ursprünglich angekündigten 50.000 Plätze.

2007 haben wir bereits 16 Europa-Schulen zertifiziert. 80 weitere Schulen haben hierzu bereits einen Antrag gestellt. Wir wollen zusätzlich internationale Schulen und Kindergärten einrichten.

Wir nehmen jetzt auch die Reform der Lehrerausbildung in Angriff. Sie wird noch professioneller und praxisnäher. Das Konzept hat allseits Beachtung gefunden.

Wir engagieren uns aber auch für die berufliche Ausbildung zusammen mit der Wirtschaft, dem Handwerk und dem DGB. Mit dem Sonderprogramm Ausbildung 2006 wurden rund 2.900 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei wirtschaftsnahen Bildungsträgern geschaffen. Mit dem Werkstattjahr haben wir rund 4.500 Jugendlichen, die den Übergang von der Schule in eine Ausbildung nicht geschafft haben, ein zusätzliches Angebot gemacht.

Mit dem 3. Weg in der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung im Herbst 2006 Neuland betreten. 850 Jugendliche, die zwar ausbildungswillig, aber noch nicht voll ausbildungsfähig sind, bekamen hier die Möglichkeit zu einem Berufsabschluss. Und wir haben 1.000 zusätzliche Schulplätze in der Altenpflegeausbildung zur Verfügung gestellt und damit die Zahl der vom Land geförderten Schulplätze auf über 8.500 gesteigert. Darüber hinaus haben wir die einjährige Altenpflegehilfeausbildung eingeführt, die auch Hauptschülern den Zugang zur Ausbildung als Fachkraft ermöglicht.

Die neuen Schulabgänger bekommen ein Lehrstellenangebot. Jetzt müssen wir uns um die kümmern, die noch in Maßnahmen sind. Die Warteschleifen müssen abgebaut werden. Ich erwarte, dass sich die Bundesregierung zusätzlich zum Land engagiert, um den Jugendlichen

zu helfen – etwa durch Ausbildungskostenzuschüsse oder durch außerbetriebliche Lehrstellen.

IV.

Die Landesregierung will den Menschen Mut machen und die Chancen geben, sich den Veränderungen zu stellen. Mut haben die Menschen aber nur, wenn sie wissen, dass es gerecht zugeht. Und dass jeder eine Chance bekommt.

Es ist ungerecht, wenn jemand, der voll arbeitet, von seinem Lohn nicht leben und seine Familie ernähren kann. Deshalb hat die Landesregierung ein Programm für Kombilöhne aufgelegt. Damit haben wir in der kurzen Zeit schon für rund 3.300 Menschen wieder eine Perspektive geschaffen. Und es ist zum Modell für den Bund geworden: Die JobPerspektive wird dazu beitragen, dass nicht nur angemessene Löhne gezahlt, sondern in naher Zukunft bis zu 20.000 neue Jobs bei uns in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden können.

Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Wach- und Sicherheitsgewerbe in Nordrhein-Westfalen vor sittenwidrigen Löhnen geschützt werden. Dazu hat Arbeitsminister Laumann im Mai die Tariflöhne für allgemeinverbindlich erklärt, nachdem sich zuvor sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber dafür ausgesprochen hatten. Dies ist ein Beweis dafür, dass die Sozialpartnerschaft in Nordrhein-Westfalen funktioniert. Und es ist ein Signal für die Tarifpartner in allen tariflosen Branchen, im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern Lohndumping zu bekämpfen. Branchen- und regionalspezifische Lösungsansätze sind und bleiben der richtige Weg.

Mit dem Programm „Jugend in Arbeit plus“ werden außerdem langzeitarbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren wieder in Beschäftigung gebracht. Das hat rund 11.000 Jugendlichen wieder eine Perspektive gegeben. Und weit über 70 Prozent bleiben nach der Förderung in Arbeit.

Auch behinderte Menschen sollen wieder bessere Chancen bekommen. Mit dem Programm „Teilhabe für alle“ werden bis 2010 mehr als 40 Projekte zur besseren Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft gefördert. Allein für 2007 sind rund 182 Millionen Euro eingeplant.

Die Landesregierung will außerdem mit einem Programm die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung fördern. Es geht hier um Menschen, die nicht in die Werkstatt für Behinderte gehören, aber auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Wir investieren gemeinsam mit den Landschaftsverbänden mehrere Millionen Euro in die bessere Ausstattung von Integrationsunternehmen. Dadurch können über das Programm Jobperspektive bis zu 1.000 Kombilohnarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen entstehen.

Mehr Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass sich Leistung lohnen muss. Ich habe mich immer für eine Revision von Hartz IV eingesetzt. Deshalb freue ich mich, dass sich die Forderung nach der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für langjährige Beitragszahler durchsetzen

konnte. Die am Montagabend gefundene Lösung ist ein guter Kompromiss, weil sie wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Und sie ist gut, weil sie keine Mehrkosten produziert. Alle diejenigen, die aus taktischen Gründen behauptet haben, eine kostenneutrale Lösung sei nicht möglich, lagen falsch. Und die Lösung ist auch gut, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung künftig auf 3,3 Prozent gesenkt wird. Das entlastet die Unternehmen und wird Arbeit schaffen. Und jeder Arbeitnehmer wird unter dem Strich mehr in der Tasche haben.

V.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da, weil wir wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Damit das auch in Zukunft gelingt, müssen wir den Zusammenhalt der Generationen stärken. Wir müssen Nordrhein-Westfalen besser auf die demografischen Veränderungen vorbereiten. In der zweiten Hälfte dieser Wahlperiode werden wir dazu ein Konzept vorlegen.

Als ich vor zwei Jahren angekündigt habe, dass im kommenden Jahrzehnt mehr als 1300 Schulen in unserem Land schließen müssen, gab es große Aufregung. Was bin ich beschimpft worden! Heute nutzen dieselben Leute dieses Argument, um ihre Forderung nach der Einheitschule zu begründen.

Nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sinkt die Zahl der Menschen in Nordrhein-Westfalen bis 2050 um rund 2 Millionen Menschen. Fast alle Kreise und kreisfreien Städte werden weniger Einwohner haben. Die einen mehr, die anderen weniger. Es hat also keinen Sinn, den Versuch zu starten, der Nachbargemeinde Bürger abzuwerben. Das macht das Problem nur größer und teurer.

Weniger junge Menschen heißt länger arbeiten. Daran führt kein Weg vorbei. Heute wird gefordert, den Beschluss, die Rente erst mit 67 Jahren beginnen zu lassen, teilweise wieder zurückzunehmen. Das ist falsch. So entsteht weder Klarheit noch Sicherheit.

Wir werden älter: Der Anteil der unter Zwanzigjährigen wird um rund ein Fünftel bis 2050 auf 16 Prozent zurückgehen. Die Menschen über 65 werden dann die Mehrheit ausmachen.

Bei meiner Reise nach Japan habe ich gelernt, dass die Japaner darauf schon heute konsequent Antworten zu geben versuchen. Manche sind erstaunlich. Wir haben ein Forschungsinstitut besucht, in dem Roboter entwickelt werden, die den alten Menschen helfen – und solche, die als Gesprächspartner dienen sollen, zum Beispiel ein kleiner Eisbär, der sich bewegt und Laute von sich gibt, wenn man ihn kraut. So etwas kann nicht die Antwort auf den demografischen Wandel sein. Aber die Systematik, mit der man das Problem in Japan angeht, ist bewundernswert. Man beginnt bei der Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Die erste Frage lautet: Wann gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente? Bei uns wird das schon ab 2015, d.h. in sieben Jahren, der Fall

sein. Eine viel kleinere Generation mit weniger Erwerbstätigen wird dann eine zahlenmäßig sehr starke Generation mehr und mehr versorgen müssen – und dies bei härtester globaler Konkurrenz.

Die Japaner wissen, dass ihr gesellschaftliches System bisher auf ein durchschnittliches Lebensalter von 65 Jahren ausgerichtet ist. Sie fragen sich: Was müssen wir also tun, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung auf 85 Jahre steigt? Das ist auch unsere Frage. Denn auch bei uns in Nordrhein-Westfalen wird die durchschnittliche Lebenserwartung bis 2050 für ein neugeborenes Mädchen um fast fünf auf dann 86 Jahre und für einen neugeborenen Jungen um sogar fast sechs auf dann 81,5 Jahre steigen. Das ist keine Katastrophe, sondern ein großer Erfolg unserer Medizin und unseres Wohlstandes. Es ist ein großer Gewinn für jeden einzelnen Menschen. Und diese gewonnenen Jahre sind ein großer Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Die dritte Frage lautet: Führen weniger Einwohner und gleichzeitig mehr ältere Menschen automatisch zu einem Verlust des Wirtschaftswachstums, wie manche Ökonomen sagen? Meine Antwort lautet: Nein. Das Ziel muss sein, trotz der demografischen Veränderungen mehr Wachstum zu ermöglichen. Das eröffnet den notwendigen Spielraum, mit den Problemen fertig zu werden.

Die Landesregierung wird sich dieser Aufgabe stellen: Die Elemente einer solchen Strategie sind:

Erstens müssen wir durch den Einsatz neuer Technologien die Arbeitsproduktivität erhöhen. Daran arbeiten wir mit der Initiative Zukunft Ruhr und der Offensive für mehr Innovationen.

Zweitens müssen wir die Quote der Erwerbstätigen erhöhen, vor allem durch eine höhere Frauenerwerbsquote. Unter anderem brauchen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Neben dem Ausbau der Ganztagschulplätze und der Betreuungsplätze für unter Dreijährige wird die Landesregierung zum Beispiel Unternehmen mit Projekten unterstützen, die mehr Familienfreundlichkeit im Betrieb ermöglichen. Aber auch Ältere müssen länger im Erwerbsleben bleiben. Die Landesregierung wird deshalb die Bundesregelung der Rente mit 67 auf den öffentlichen Dienst übertragen. Sie wird sich aber auch dafür einsetzen, dass es bessere Möglichkeiten gibt, selbst zu entscheiden, wann man in Rente oder in Pension gehen möchte.

Drittens müssen wir unsere Wirtschaft weiter globalisieren. Voraussetzung dafür sind bessere Regeln für die internationalen Finanzmärkte und der Schutz des geistigen Eigentums, wie sie jetzt die Bundesregierung diskutiert.

Viertens müssen wir die Staatsfinanzen sanieren, damit die jungen Menschen nicht die Kosten des demografischen Wandels und die Schuldenlast der vorhergehenden Generationen tragen müssen. Der Konsolidierungskurs muss also weitergehen. Die Schulden müssen zurückgezahlt werden. Keine neuen Schulden zu machen, reicht nicht.

Fünftens müssen wir das Gesundheitssystem auf die Bedürfnisse älterer Menschen einrichten. Das gilt insbesondere auch für die Pflege. Wir werden nicht nur die stationäre Pflegeinfrastruktur weiterentwickeln, sondern auch die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger stärken. Und ich will, dass die Bewohner von Heimen mehr Rechte bekommen. Bei uns werden ältere Menschen zu schnell entmündigt, weil man Angst vor Haftungsfragen hat. Zuviel Pflegebürokratie behindert Menschlichkeit. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Eigenverantwortung. Das ist der Kompass für die Neugestaltung des Heimgesetzes im nächsten Jahr. Das Heim soll nicht in erster Linie Krankenhaus, sondern Wohnung für die alten Menschen sein.

Wir müssen aber auch die bisweilen tragische Isolation alter Menschen eindämmen. So wichtig Essen auf Rädern ist, das reicht nicht. Neben den Altersheimen brauchen wir mehr Wohngemeinschaften für Ältere. Die gibt es schon, aber noch zu wenige. Dort hat jeder alte Mensch eine Wohnung, die auf seine Bedürfnisse abgestimmt ist. Aber es gibt auch gemeinsame Räume als Treffpunkt. Und jeder verpflichtet sich, dem anderen bei Bedarf zu helfen. Das hat Sinn für diejenigen, die Hilfe brauchen und für diejenigen, die helfen.

Sechstens gilt es, Altersarmut zu verhindern. Das heißt zum Beispiel, dass die persönliche Altersvorsorge im Fall der Arbeitslosigkeit höher sein muss und besser als bisher geschützt wird. 250 Euro pro Lebensjahr sind einfach zu wenig. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende Korrekturen im Sozialgesetzbuch vorgenommen werden.

Siebtens müssen wir gegen Altersdiskriminierung vorgehen. Es kann nicht angehen, dass jemand keinen Kredit für den Aufbau eines Unternehmens bekommt, nur weil er älter ist. Oder dass er in diesem Alter keine Chance mehr hat, sich gegen Lebensrisiken zu versichern. Dagegen gehen wir vor, zusammen mit den Kommunen.

Für mich ist es unverständlich, wenn in Deutschland über Fünfzigjährige keine Chance auf dem Arbeitsmarkt mehr haben. Das ist eine Diskriminierung und eine Dummheit. Das hat sich auch durch die Hartz-Gesetze leider nicht geändert, denn trotz des Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen im vergangenen Jahr leider sogar angestiegen. Ein 50-Jähriger braucht heute rund 15 Monate, um wieder eine Beschäftigung zu finden, bei den 20- bis 24-Jährigen sind es nur dreieinhalb Monate. Solche Unterschiede können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten.

Und wir müssen achtens in eine altengerechte Infrastruktur investieren, die den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht wird. Das Programm „Investive Bestandsförderung“ unterstützt mit rund 30 Millionen Euro den altersgerechten Umbau, zum Beispiel durch ebenerdige Duschen, rollstuhlgerechte Türen oder barrierefreie Eingänge. Und für hoch betagte Menschen fördert die Landesregierung außerdem die Renovierung von Altenwohn- und Pflegeheimen.

VI.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da, weil wir in Innovationen und besonders in unsere Hochschulen investieren. Wir haben den Hochschulen Planungssicherheit und vor allem finanzielle Sicherheit gegeben. Ihnen stehen mit der Exzellenzinitiative, dem Hochschulpakt von Bund und Ländern und der Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben, jetzt etwa eine halbe Milliarde Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung.

Wir wollen mehr Studierende, nicht weniger. Wir freuen uns über die steigende Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren. Wir investieren hier mehr als 250 Millionen Euro bis zum Jahr 2010, damit dann die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stehen. Und den Kritikern der Studienbeiträge sage ich: Dass die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester 2007/08 um 7,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, zeigt doch, dass Studienbeiträge kein Hindernis sind. Und sie führen zu mehr Studienabschlüssen: Die Zahl der Absolventen ist 2006 um fast 12 Prozent gegenüber 2005 gestiegen.

Starke Hochschulen brauchen Freiheit. Mit dem neuen Hochschulfreiheitsgesetz können sie ihr Profil stärken. Der Erfolg ist sichtbar: Sieben gewonnene Exzellenzcluster mit einem Fördervolumen von je mindestens 30 Millionen Euro bedeuten Platz eins im Ländervergleich gleichauf mit Baden-Württemberg. Fünf Graduiertenschulen kommen hinzu. Mit dem erfolgreichen Zukunftskonzept der RWTH Aachen sind das insgesamt 13 erfolgreiche Anträge. Damit liegt Nordrhein-Westfalen in der Gesamtbilanz gleichauf mit Bayern auf Rang zwei. An dieser Stelle gratuliere ich der RWTH Aachen nochmals sehr herzlich zu der Auszeichnung als Elite-Universität. Aber wir werden auch die Ruhr-Universität Bochum unterstützen.

Seit der Regierungsübernahme haben wir außerdem gemeinsam mit der Wirtschaft folgende neue Forschungseinrichtungen gegründet:

- das Institut für Werkstoffforschung ICAMS an der Universität Bochum, das von ThyssenKrupp, Bayer, Bosch und weiteren Partnern mitgetragen wird und für das das Land in der Startphase rund 11 Millionen Euro aufwendet;
- das neue Energieforschungsinstitut in Aachen, das E.ON mit 40 Millionen Euro gemeinsam mit der RWTH auf die Beine stellt;
- das neue Science to Business-Center für weiße Biotechnologie von Evonik in Marl, wobei das Land 11,3 Millionen Euro investiert;
- die neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform in Dortmund, für die das Land 33,1 Millionen Euro bereitstellt;
- das gemeinsam von Bayer und der RWTH Aachen gegründete Zentrum für Katalyseforschung, für das Bayer 7,25 Millionen Euro und das Land 2,7 Millionen Euro zur Verfügung stellen, und
- die Kooperation zwischen Honda und der Universität Bielefeld im neuen Forschungsinstitut für Kognition und intelligente Roboter.

Weitere neue Forschungsprojekte sind

- das neue Max-Planck-Institut zum Thema Biologie des Alterns in Köln, das das biomedizinische Cluster verstärken wird. Hier investiert das Land bis 2010 30 Millionen Euro;
- das gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft neu ausgerichtete Forschungsinstitut caesar in Bonn, das sich künftig auf den Neurobereich konzentriert und um eine Plattform für Ausgründungen erweitert wird, die das Land, der Bund und private Investoren mit jeweils 7 Millionen Euro unterstützen, und
- die Jülich-Aachen Research Alliance "JARA" zwischen der RWTH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich.

Das Forschungszentrum Jülich ist schon heute mit dem Blue-Gene-Rechner (JUGENE) beim Aufbau eines europäischen Zentrums des Superrechnens ganz vorne mit dabei, denn er ist leistungsstärkste zivile Rechner weltweit. Bis zum Jahre 2014 soll der Hochleistungsrechner zum „Europäischen Höchstleistungsrechner der Petaflop-Klasse“ ausgebaut werden. Jülich wird damit zum Zentrum eines europäischen Höchstleistungsrechennetzwerks, das das Land mit 50 Millionen Euro fördert. Und auch für die neue German Research School for Simulation Science an der RWTH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich stehen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 1,24 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit.

Für die Biotechnologie, die Nano- und Mikrotechnologien, die Energieforschung und die Medizinforschung und Medizintechnik stellt das Land bis 2015 insgesamt 400 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir werden außerdem in den nächsten fünf Jahren 50 Millionen Euro in die Transferstrategie Science-to-Business investieren, um die Zahl der Patente zu erhöhen und mehr technologieorientierte Gründungen zu ermöglichen. Und mit drei Millionen Euro holen wir Spitzenforscher aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen zurück. Die ersten sind schon wieder da.

Es ist ein wichtiges Signal, dass die Wirtschaft in der Metropole Ruhr jetzt ihren Anteil an Investitionen in Forschung und Entwicklung verdoppeln will. 3 Prozent vom BIP ist das Ziel.

Damit wird die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in Zukunft zum Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen. Ein vielversprechendes Zukunftsprojekt ist der RWTH Aachen Campus. Dort will die RWTH einen der größten technologieorientierten Campusbereiche für Ingenieurwissenschaften in Europa schaffen. Und auch in Paderborn planen Universität und Wirtschaft mit der Zukunftsmeile Fürstenallee eine Allianz, um Innovationen im Maschinen- und Fahrzeugbau mit neuesten Informationstechnologien zu verbinden und daraus neue Produkte zu entwickeln.

Um zukunftsfähig zu sein, brauchen wir aber vor allem die nötigen Fachkräfte in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Hier droht ein

Mangel. Deshalb bauen wir die Fachhochschulen aus. Die Einweihung der neuen Fachhochschule in Gummersbach vor wenigen Tagen hat hier ein zukunftsweisendes Signal gesetzt. Bis zum Jahr 2015 werden wir insgesamt 530 Millionen Euro in den Ausbau der Fachhochschulen investieren. Sie werden bis 2010 8.500 zusätzliche Studienplätze schaffen. Das ist rund ein Drittel der mit den Hochschulen verabredeten 26.000 Studienplätze, die bis 2010 im ganzen Land zusätzlich eingerichtet werden. Und wir werden ein Konzept zur Einrichtung dreier neuer Fachhochschulen vorlegen.

Wir werden uns außerdem verstärkt für ein Bund-Länder-Programm einsetzen, damit die besten Studierenden ein Stipendium erhalten können. Denn auch hier gilt: Wer fordert, muss auch fördern. Die heutige Akademikerquote von zwanzig Prozent muss verdoppelt werden. Und wir wollen damit erreichen, dass die Studierenden ihr Studium schneller und besser abschließen.

VII.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da. Nordrhein-Westfalen ist heute eine der wirtschaftsstärksten Metropolregionen Europas, die rund ein Viertel zum deutschen Bruttoinlandsprodukt beisteuert. Im Umkreis von 500 Kilometern um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben 140 Millionen Menschen. Sie erwirtschaften rund 40 Prozent des BIP der Europäischen Union.

Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen eine starke Infrastruktur, im Zeitalter der Globalisierung mehr denn je. Wir haben eines der dichtesten Straßennetze Europas. Aber wir müssen es pflegen. Im vergangenen Jahr haben wir 1,14 Milliarden Euro in unsere Straßen investiert, d.h. 17 Prozent mehr als 2004. Wir haben den Stau bei den Planfeststellungen aufgelöst. 2004 gab es nur eine Planfeststellung, 2006 waren es bereits 14 und Ende des Jahres werden wir voraussichtlich 20 haben.

Wir stärken die Flughäfen: Die neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf hat zu rund 2000 neuen Arbeitsplätzen geführt und den Standort Düsseldorf als Drehscheibe internationalen Flugverkehrs in den nächsten Jahren gesichert. Als Fracht- und Low-Cost-Flughafen hat sich der Flughafen Köln/Bonn weiter etabliert. Die Betreiber und ansässigen Unternehmen werden in den nächsten Jahren Investitionen im dreistelligen Millionenbereich vornehmen. Wir wollen mehr internationalen Flugverkehr. In Zukunft wird es darum gehen, die Verbindung zwischen beiden Flughäfen noch besser auszubauen.

Wir werden auch den Zugverkehr stärken: Die Debatte um den Metrorapid hat uns viel Zeit gekostet. Aber jetzt treiben wir eine zukunftsfähige Lösung voran: Der Rhein-Ruhr-Express ist in den Investitionsrahmenplan des Bundes aufgenommen worden. Mit Investitionen von 1,4 Milliarden Euro kann der Raum zwischen Dortmund und Köln bald im Viertelstundentakt verbunden werden. Ich erwarte, dass der Bund und die Bahn auf der Basis konkreter Zeitpläne mit der Umsetzung zügig beginnen.

Die Metropole Ruhr muss besser an die großen Seehäfen angebunden werden. Wichtig für den Großraum Nordrhein-Westfalen und Benelux ist deshalb, die Betuwe-Linie auszubauen und den Eisernen Rhein wieder zu aktivieren. Es hat keinen Sinn, wenn vor der deutschen Grenze Kreisbahn ist und dahinter Schnellbahn.

Mobilität und der Schutz der Umwelt und des Klimas sind für uns keine Gegensätze. Deshalb haben wir im Februar 2007 ein ehrgeiziges Programm zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Nutzung der Erneuerbaren Energien und zur Energieforschung verabschiedet.

Außerdem haben wir in diesem Jahr den ersten Umweltbericht für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Wir entwickeln eine Anpassungsstrategie zum Klimawandel, zum Beispiel durch regionale Klimaprognosen. Wir werden bis 2015 ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept mit rund 1,2 Milliarden Euro realisieren. Und wir stärken den Verbraucherschutz – beispielsweise dadurch, dass wir mit Hilfe der Kommunen 300 zusätzliche Kontrolleure für mehr Lebensmittelsicherheit einstellen.

Aber es kommt auch auf das klimapolitische Engagement der Unternehmen an. Ein Beispiel: Die Flughafenbetreiber in Nordrhein-Westfalen sollten dem Vorbild von München und Frankfurt folgen, klimaschädliche Flugzeuge mit höheren Landegebühren zu belasten und so Anreize für mehr Umweltschutz zu setzen.

VIII.

Nordrhein-Westfalen ist wieder da, weil wir sowohl in die Mobilität der Menschen als auch in den Umweltschutz investieren. Aber wir wollen auch, dass die Lebensqualität bei uns noch besser wird. Die Menschen leben gerne hier. Rund 82 Prozent der Menschen fühlen sich bei uns in Nordrhein-Westfalen wohl. Das ist im Vergleich der Bundesländer ein Spitzenwert. Das soll so bleiben.

Unsere Politik soll in Zeiten großer Veränderungen den Menschen die notwendige Sicherheit geben. Das heißt vor allem mehr innere Sicherheit: Wir haben die Polizei von überflüssiger Bürokratie befreit und ihre Organisation gestrafft. Sie kann sich verstärkt ihren Kernaufgaben widmen. Rund 500 Beamtinnen und Beamte sind wieder vor Ort im Einsatz anstatt mit Bürokratie beschäftigt zu sein. Und 1100 junge Polizeianwärter können jetzt bald jedes Jahr neu eingestellt werden.

Ein sicheres Land ist ein Land, in dem auf Gewalt schnell, eindeutig und kompromisslos reagiert wird. Null Toleranz ist meine Antwort auf Gewalt! Strafe und Prävention sind die Mittel gegen die wachsende Kriminalität von Jugendlichen.

Wir haben als erstes und bisher einziges Bundesland die Schulleitungen verpflichtet, Straftaten von Schülern in der Schule anzuzeigen. Das hat große Zustimmung gefunden. Die Polizei informiert umgekehrt die Schulen über kriminelles Verhalten von Schülern außerhalb der Schule.

Durch den Drogenerlass ist in Zukunft sichergestellt, dass Jugendlichen schon bei Besitz kleiner Mengen von Drogen mit erzieherischen Maßnahmen die rote Karte gezeigt wird. Wir schaffen aber auch mehr Plätze beim Jugendarrest. Dadurch ist die Wartezeit zwischen Urteil und Vollstreckung bereits von sechs auf drei Monate halbiert worden. Und wir setzen uns auf Bundesebene für den Warnschuss-Arrest ein.

Das Projekt „Gelbe Karte“, mit dem jugendliche Ersttäter abgefangen werden, ist inzwischen in zwölf Städten unseres Landes verwirklicht, weitere bereiten sich vor. Und in Intensivtäterprojekten kümmern sich Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendamt besonders um die acht Prozent der jugendlichen Straftäter, die für die Hälfte aller Straftaten verantwortlich sind. Die persönliche Ansprache und die sichtbare Überwachung zeigen schon deutliche Erfolge.

Besonders wichtig ist die Reform des Jugendstrafvollzugs, die wir auf den Weg gebracht haben. Das neue Jugendstrafvollzugsgesetz wird am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Damit stärken wir sowohl die öffentliche Sicherheit als auch die Chancen auf Resozialisierung der Täter. Wir gehen konsequent gegen Drogen vor. Wir unterbinden jede Form von Gewalt. Wir fordern konsequent die Mitarbeit der Jugendlichen ein. Aber wir geben ihnen auch neue schulische und berufliche Chancen.

Außerdem schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für mehr Haftraum, zum Beispiel durch die Erweiterung der Jugendanstalt in Heinsberg um rund 250 Plätze und durch den Neubau einer Jugendanstalt mit 500 Plätzen in Wuppertal-Ronsdorf. Und wir haben allein 2007 80 neue Stellen für mehr Personal im Justizvollzug geschaffen. Im Haushaltsentwurf 2008 sind weitere 250 neue Stellen vorgesehen.

All diese Maßnahmen zeigen Wirkung: Unser Land ist sicherer geworden: Seit 2005 gingen die Straftaten um 2,6 Prozent zurück. Die Zahl der Wohnungseinbrüche lag sogar auf dem niedrigsten Stand seit 24 Jahren. Wir können stolz darauf sein, dass 13 der 20 sichersten Großstädte bei uns in Nordrhein-Westfalen liegen.

Mehr Lebensqualität heißt sichere Städte. Es heißt auch schöne Städte. Das meine ich im wahrsten Sinne des Wortes. Die Menschen sehnen sich nach Überschaubarkeit. Nach Architektur und Stadtbildern mit menschlichem Maß.

Das sollte für uns Anlass sein, neu über die Aufgaben unserer Städte nachzudenken. Sind sie übersichtlich? Entsprechen sie unserem Bedürfnis nach ästhetischer Ordnung und sozialer Sicherheit? Warum sind unsere Gewerbegebiete so hässlich? Warum sehen viele Fußgängerzonen gleich aus? Wie bewahren wir die historische Identität der Städte? Sind Einkaufszentren auf der grünen Wiese noch zeitgemäß? Wie beleben wir unsere Innenstädte? Wie verhindern wir, dass sie öde und gefährlich werden? Diese Fragen müssen wir beantworten.

Städte, die nicht schön sind, sind nicht lebenswert. Städte, die nicht schön sind, werden im demografischen Wandel nicht bestehen können.

Gerade in den vielen Wasserflächen unserer Städte stecken riesige Potenziale, um unsere Städte schöner zu machen. Nehmen Sie zum Beispiel die Emscher-Region. Hier wurde ein lebendiger Fluss zur Kloake gemacht. Die Zukunft wird anders. Die Vision von der blauen Emscher im grünen Emscher-Tal beflügelt bereits viele Menschen in der gesamten Metropole Ruhr.

Es ist gut, dass die Planer wenn eben möglich das Wasser in den Mittelpunkt stellen – sei es im Emscher-Tal, sei es mit „Ruhrbania“ in Mülheim, mit „Phoenix“ in Dortmund oder auch mit „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen. Auch der Düsseldorfer Medienhafen mit den berühmten Gehry-Häusern und der Rheinauhafen in Köln sind Vorzeigeprojekte ebenso wie Norman Fosters Masterplan für Duisburg. Das Land unterstützt solche Vorhaben nach Kräften.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidet sich in den Städten. Deshalb muss es bei allen stadtplanerischen Entscheidungen sozial gerecht zugehen. Das gilt übrigens auch ganz besonders für die Privatisierung der LEG. Wir haben eine Sozialcharta für den Schutz sowohl der Mieter wie der Mitarbeiter beschlossen, die bei Transaktionen in vergleichbarer Größe unübertroffen ist. Das gilt. Die Vorbereitungen laufen planmäßig, so dass wir die Veräußerung aller Voraussicht nach im Frühjahr 2008 abschließen können.

Die lebenswerte Stadt ist die, in der wir miteinander leben und nicht nebeneinander. Wir wollen keine Parallelgesellschaften – nicht zwischen Jungen und Alten und vor allem nicht zwischen Einheimischen und Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Wir wollen und wir werden deshalb die Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte noch besser als bisher integrieren. Toleranz ist dabei unser Leitbild. Wir haben mit einem zwanzig Punkte umfassenden Integrationsplan ein vorbildliches Konzept für eine moderne Integrationspolitik auf den Weg gebracht – ein Vorbild für den Nationalen Integrationsplan auf Bundesebene.

Ich wünsche mir ein Nordrhein-Westfalen, in dem jeder Respekt erwarten kann. In dem sich jeder verantwortlich fühlt dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt. In dem wir uns alle gegenseitig verpflichtet sind und uns zu dieser Verpflichtung bekennen. In dem jeder Mut und Zivilcourage beweist, wenn es nötig ist, zum Beispiel gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Aber ich wünsche mir auch ein Nordrhein-Westfalen, in dem es für jeden, der hier lebt, ganz selbstverständlich ist, unsere Sprache zu beherrschen und sich zu unseren Werten zu bekennen.

Die Vielfalt der Kulturen in Nordrhein-Westfalen ist eine große Chance einer modernen Ökonomie. Sie bedeutet Kreativität. Kreative Köpfe machen nicht nur Kunst und Kultur, sie brauchen sie auch. Deshalb sind Investitionen in Kunst und Kultur kein Luxus, sondern von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region.

Deshalb verdoppeln wir in dieser Legislaturperiode die Kulturfördermittel. Und deshalb fördern wir Kreativität so früh wie möglich, etwa mit dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“: Damit geben wir allen Kindern in der Metropole Ruhr und bald auch im ganzen Land die Möglichkeit, ein Musikinstrument zu erlernen. Oder indem wir mit dem Programm „Kultur und Schule“ Künstler in die Schulen holen, damit sie den Kindern helfen, ihre kreativen Kräfte so früh wie möglich zu entfalten. Im Schuljahr 2007/2008 werden rund 1.100 Projekte von Künstlerinnen und Künstlern aller Kunstsparten mit allen Schulformen gefördert. Mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche werden inzwischen auf diesem Weg erreicht.

Auch baulich zeigt sich, welche Dynamik in die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens gekommen ist: Wir ermöglichen jetzt endlich den seit mehr als 20 Jahren versprochenen Erweiterungsbau der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen. Im Duisburger Innenhafen wird außerdem das neue Landesarchiv Nordrhein-Westfalen entstehen. Die Landesregierung unterstützt darüber hinaus private Initiativen nach Kräften, zum Beispiel

- den von Professor Berthold Beitz für die Krupp-Stiftung zugesagten Neubau des Folkwang-Museums in Essen,
- die Erweiterung des Museums Küppersmühle im Duisburger Innenhafen,
- den umfangreichen Neu- und Erweiterungsbau des Westfälischen Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Münster
- oder das neue „Künstlermuseum Abtei Brauweiler“ zusammen mit dem Landschaftsverband Rheinland.

Spätestens seit der erfolgreichen Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010 ist jedem klar, welche ungeheuren Potenziale insbesondere die Metropole Ruhr in der Kultur- und Kreativwirtschaft hat. Fast 35.000 Unternehmen haben allein im Jahr 2005 mehr als 20 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Und in diesem Jahr haben wir an Rhein und Ruhr Berlin und Wien als Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft bereits überholt.

Kultur und Kreativität müssen zu unserem Markenzeichen werden. Damit wird Kultur zum Kern der „Marke Nordrhein-Westfalen“. Sie muss das Bild von Nordrhein-Westfalen in der Welt als einer der kreativsten Regionen Europas vermitteln. Davon hängt viel ab – wirtschaftlich, technologisch, wissenschaftlich und vor allem menschlich.

IX.

Nordrhein-Westfalen wird eine der kreativsten Regionen Europas. Ich will, dass alle dabei mitwirken – die Politik, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Verbände und vor allem die Kommunen. Ein gutes Beispiel ist der jüngst vom „Initiativkreis Ruhrgebiet“ beschlossene „Vertrag für die Zukunft“.

Auch aus den Kommunen und den Regionen kommen starke Impulse. Die Regionale 2006 im bergischen Städtedreieck, die Planungen für die

Regionale 2008 in Aachen und 2010 im Köln-Bonner-Raum, die erfolgreiche Bewerbung um die Kulturhauptstadt 2010 in der Metropole Ruhr und viele andere Initiativen in allen Teilen des Landes haben gezeigt, wie wichtig es ist, die gemeinsamen Stärken herauszustellen.

Die Landesregierung wird darüber hinaus ein strategisches Gesamtkonzept erarbeiten. Unterstützt werden soll sie durch einen wissenschaftlichen Beirat, der im kommenden Jahr eingerichtet wird. Ich werde auf dieser Basis einen Konvent einberufen, der einen „Zukunftsplan Nordrhein-Westfalen 2025“ erarbeiten soll.

X.

Im letzten Jahr haben wir das 60jährige Jubiläum unseres Landes feiern dürfen. Das ist historisch gesehen eine relativ kurze Zeit. Aber es waren Zeiten harter Arbeit und zugleich tief greifender Veränderungen. Die Menschen an Rhein, Ruhr und Weser haben das Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg und der Nazi-Barbarei am Boden lag, wieder aufgebaut. Nordrhein-Westfalen war der Motor der Industrialisierung und des deutschen Wirtschaftswunders.

Es war stark durch den Geist der Solidarität und der Zusammengehörigkeit. Zwischen Rhein und Ruhr wurde die Idee der Einheitsgewerkschaft Wirklichkeit. Hier wurden Mitbestimmung und Tarifautonomie erstritten. Hier wurde der Klassenkampf beendet. Selbstbestimmung und Solidarität gehören zusammen. Beides zusammen hat uns stark gemacht. Deshalb hat Karl Arnold gesagt, Nordrhein-Westfalen ist das soziale Gewissen Deutschlands. Das wird auch in Zukunft Gültigkeit haben. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was wir an dieser Tradition haben.

Wir schlagen jetzt ein neues Kapitel unserer Geschichte auf. Unser Land steht vor großen, neuen Herausforderungen. Die Globalisierung, die Wissensgesellschaft und der demografische Wandel werden uns und unser Land verändern, wie wir es noch nicht erlebt haben. Ob unsere Wirtschaft innovativ und erfolgreich bleibt, ob unsere Marktwirtschaft sozial bleibt, ob wir weiter in Freiheit und Wohlstand leben können, hängt davon ab, wie wir mit den großen Herausforderungen unserer Zeit umgehen. Wir werden uns behaupten können, wenn wir es gemeinsam wollen. Zusammen sind wir stark.

Wir brauchen eine gesellschaftspolitische Debatte über die Zukunft unseres Landes:

- über den Aufbau einer Gesellschaft, die älter wird, aber trotzdem innovativ, lebendig und flexibel bleiben muss;
- über eine Gesellschaft, die sich dem harten Wettbewerb der Globalisierung stellt und trotzdem die sozial Schwachen nicht vergisst;
- über den Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft als einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet;
- über ein Land, das weltoffen bleibt und sich trotzdem gegen das internationale Verbrechen und gegen Fanatismus und Terrorismus zu wehren weiß;

- über eine Kultur, die sich trotz vielfältiger Einflüsse ihrer eigenen Wurzeln und den Werten des christlich-jüdischen Abendlands und der Aufklärung immer wieder vergewissert und sie lebendig hält.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen fühlen sich dieser Aufgabe verpflichtet. Sie laden alle Bürger des Landes ein, daran mitzuarbeiten. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, dass wir zusammengehören. Wir stehen füreinander ein. Das ist das Lebensgefühl bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das war beim Nordrhein-Westfalen-Tag 2006 in Düsseldorf und in diesem Jahr in Paderborn mit Händen zu greifen.

Nichts kommt von alleine. Wir werden hart arbeiten müssen, um im Wettbewerb der Zukunft zu bestehen. Aber es gibt nichts, was uns aufhalten kann, nichts, was wir nicht mit unseren Kräften und mit unseren Fähigkeiten überwinden könnten. Denn zusammen sind wir stark – gestern, heute und in Zukunft. So wird Nordrhein-Westfalen das Bundesland der Zukunft.